

JAHRESBERICHTE 2010

SP STADT BERN



Inhaltsverzeichnis

1. Bericht des Präsidiums	S. 3
2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion	S. 6
3. Bericht der städtischen Grossrätinnen und Grossräte	S. 10
4. Gemeindeabstimmungen	S. 13
5. Mitgliederentwicklung	S. 14
6. Jahresrechnung	S. 15
7. Gewinn- und Verlustrechnung	S. 16
8. Berichte der Arbeitsgruppen	S. 17
8.1. Arbeitsgruppe Sozialpolitik	S. 17
8.2 Arbeitsgruppe Sport	S. 17
8.3 Arbeitsgruppe Sicherheit	S. 18
8.4 Arbeitsgruppe Kultur	S. 19
8.5 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung/Kultur	S. 20
8.6 Arbeitgruppe Wirtschaft	S. 21
8.7 Arbeitsgruppe Gleichstellung	S. 21
8.8 Schulfraktion	S. 21
9. Bericht der Juso Stadt Bern	S. 22
10. Kontaktadressen	S. 24

Impressum

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81
bern@spbe.ch, www.spbern.ch
Foto Titelseite: Yoshiko Kusano
Grafik Titelseite: Daniel Müller
Druck: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern
Auflage: 300
Februar 2010

1. Bericht des Präsidiums

Das politische Jahr 2010 begann in der Stadt erfreulich. Bei den Grossratswahlen Ende März konnte die SP in der Stadt Bern ihren WählerInnen-Anteil gegenüber 2006 leicht von 26,3 auf 27 Prozent steigern. Dieses Ergebnis, wegen den Verlusten auf dem Lande fast untergegangen, ist gerade beim sonst schwachen Abschneiden der SP und der auch in der Stadt kritischen Stimmung doch bemerkenswert und motivierend.

Der Erfolg ist sicher auch eine Auszeichnung für eine SP, die in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchgemacht hat – dies keineswegs nur freiwillig, sondern auch aufgrund der grossen politischen Herausforderungen durch neue Parteien, medialen Gegenwind und neue Themen auf der politischen Agenda. Als SP waren wir gezwungen, schneller und klarer zu agieren. Dazu haben wir die Strukturen schlanker gestaltet und versucht, alle Themen direkt und ohne Scheuklappen anzugehen. Wir sind überzeugt, eine wache SP, die gradlinig, persönlich und nahe bei den Leuten politisiert, hat Erfolg!

Erfreulich ist auch die Tatsache, dass 2010 fast alle städtischen Abstimmungen im Sinne der SP ausgefallen sind (siehe Seite 13). Darunter waren ein paar schwierige und umstrittene Themen. So lehnten die StimmbürgerInnen den Generalangriff der FDP/SVP in der Sicherheitspolitik (Sicherheitsinitiative) klar ab. Hier hat sich gezeigt, dass das beherzte Antreten der SP richtig war, obwohl auch SP-intern nicht wenige diese Abstimmung schon fast verloren geben wollten. Eine weitere sicherheitspolitische Abstimmung ging allerdings nur ganz knapp glimpflich aus (Demoinitiative). Auch in der Schulpolitik sind die StimmbürgerInnen der SP gefolgt und haben den Versuch von FDP/SVP, die Schulmodell-Fragen zwanzig Jahre zurückzudrehen, abgelehnt. Hoch gingen die Emotionen Mitte Jahr, als der Stadtrat – nicht zuletzt, weil sich leider auch die GFL gegen die Arbeitnehmerinteressen gestellt hat – das Rentenalter der städtischen Angestellten handstreichartig erhöhen wollte. Hier hat die SP und insbesondere die SP-Fraktion im Stadtrat mit grossem Engagement gekämpft und sich klar auf die Seite der vielen Hundert städtischen Angestellten gestellt, die in einer seit langem nicht mehr erlebten Intensität vor dem Rathaus ihrer Empörung Ausdruck verliehen haben. Die SP ist keineswegs gegen sozialpolitische Neuerungen, im Gegenteil: ein flexibles Rentenalter ist seit langem eine unserer Forderungen. Doch gerade Mitte-Parteien sprechen gerne von Reformen oder Neuerungen und meinen in der Realität oft nur Sozial-Abbau, denn die Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen gehen vergessen oder die BefürworterInnen fallen beim leisesten Gegenwind von SVP und FDP wieder um.

Im Dezember zogen die RGM-Parteien eine Halbzeitbilanz der städtischen Legislatur 2008-12. Zahlreiche der im Jahre 2008 gesetzten Legislaturziele konnten zumindest teilweise schon erreicht werden. Insgesamt: die städtische Politik ist oft besser als ihr Ruf! Weniger voran ging es allerdings mit unserer Kita-Initiative. Mit einem unausgegorenen Gegenvorschlag, der einen Wechsel auf Betreuungsgutschriften will, versuchten die Rechts- und Mitteparteien mit Unterstützung der GFL, die Initiative auszubremsen. Die SP drängt darauf, dass – Gegenvorschlag hin oder her – die StimmbürgerInnen 2011 endlich über die Kita-Initiative der SP werden abstimmen können.

Delegiertenversammlungen und Hauptversammlung

2010 fanden sechs Delegiertenversammlungen statt, davon eine in der Kindertagesstätte Breitenrain und eine weitere in der Reitschule – dies jeweils zu aktuellem Anlass. Die DVs waren im allgemein gut besucht und die Diskussionen waren engagiert und kontrovers. Aus unserer Sicht bewährte sich die zweimalige Durchführung an ungewohnten und neuen Orten. Das Präsidium wird sich zudem auch 2011 jeweils im Anschluss an die DV Zeit nehmen, Anliegen der Jusos oder von einzelnen Delegierten aufzunehmen. Wir sind an einem regen Austausch und Feedbacks interessiert!

Hauptthema der DV vom 26. Januar war die Sicherheit. Unter dem Titel «Sicherheitsfragen machen nicht an der Stadtgrenze halt» referierte Evi Allemann über sicherheitspolitische Aspekte und zeigte Lösungsansätze über Bern hinaus auf. Danach stellten die Stadträtinnen Giovanna Battaglio und Leyla Gül sowie Marc-André Schauwecker die Initiative «für eine sichere Stadt Bern» und den Gegenvorschlag des Stadtrats vor. Die Delegierten fassten einstimmig den Beschluss, die Initiative abzulehnen; der Gegenvorschlag wurde grossmehrheitlich unterstützt.

An der HV vom 8. März wurde Béatrice Stucki nach fünf Jahren als Co-Präsidentin der SP verabschiedet. An ihrer Stelle wurde Flavia Wasserfallen gewählt. Anlässlich des internationalen Tags der Frau diskutierten danach drei Frauen aus drei Generationen – Liselotte Lüscher, Salome Krieger und Tanja Walliser – unter der Moderation von Leyla Gül zum Thema Gleichstellung.

Die DV vom 10. Mai war dem Thema Tram Region Bern gewidmet. Marco Rupp, Bereichsleiter Verkehr der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, und weitere Referenten vom Kanton und Bernmobil lieferten interessante Diskussionsbeiträge, die eine hitzige und auch umstrittene Debatte im Anschluss an das Podium ermöglichten.

In der DV vom 9. Juni stand die Kita-Initiative im Zentrum. Hilde Fässler, Nationalrätin und Präsidentin des Vereins Schweizer Kindertagesstätten, äusserte sich zu unserer Kita-Initiative und in der anschliessenden Diskussion auch zum Thema Betreuungsgutscheine. Das Kampa-Team für die Kita-Initiative stellte ihr Konzept und den Fahrplan vor. Eine erste Aktion mit Postkarten wurde im Marzili sowie vor dem Rathaus im Sommer durchgeführt. Die Planung musste jedoch x-mal angepasst werden, weil sich der Abstimmungstermin mehrmals verschob.

An der DV vom 6. September wurde das Thema der Betreuungsgutscheine aus aktuellem Anlass kritisch beleuchtet. Talin Stoffel, Geschäftsführerin des Verbands Kindertagesstätten der Schweiz, und Peter Voll, Präsident der Kita Länggasse, legten ihre Ansichten zum Thema familienexterne Kinderbetreuung und Betreuungsgutscheine und standen in der Diskussion Red und Antwort.

Am 1. November stand das Thema Sport, Fanarbeit und Gewalt im Fokus, angeregt durch ein Papier der Juso Bern. Als Einstieg in die DV fand ein hochkarätiges Podium mit YB-Fanarbeiter Lukas Meier, Dieter Schärer, stellvertretender Chef Regionalpolizei Bern und Anton Lehmann, Dozent an der Fachhochschule Magglingen unter der Moderation von Flavia Wasserfallen statt. Der Beschluss der DV, ein Pilotprojekt zum kontrollierten Abbrennen von Pyros in einem abgetrennten Bereich im Stadion durchzuführen, schlug im Anschluss in den Medien hohe Wellen.

Partei- und Geschäftsleitung

Das politische Jahr der Parteileitung begann mit der 2-tägigen Retraite im Januar. Anhand der gesetzten Ziele 2009 beurteilte sie die Resultate der politischen Arbeit des vergangenen Jahres und plante das kommende. Die Arbeit mit politischen und organisatorischen Zielen und einem übersichtlichen Themen-Radar hat sich nun schon mehrmals als wirksames Planungsinstrument erwiesen. Aus der Vielzahl der Themen bestimmten Partei- und Geschäftsleitung die drei Themen Arbeit und Wohnen, Kita-Initiative sowie Sport als Jahresschwerpunkte. Die neue Co-Präsidentin Flavia Wasserfallen hat bereits in ihrem ersten Jahr wesentlich zum guten Arbeiten innerhalb von Partei- und Geschäftsleitung beigetragen.

Zwei neue Arbeitsgruppen wurden eingesetzt zu den Themen Sport und Gleichstellung. Namentlich die AG Sport lieferte mit einer Stellungnahme zum Fan-Papier der Juso und zum städtischen Sport- und Bewegungskonzept wichtige Inputs. Das Projekt «Sekretariat 2010» konnte dem Namen entsprechend in diesem Jahr weitgehend umgesetzt werden mit der Harmonisierung der Sektionsbeiträge und dem neuen Budgetprozess, der die politische Arbeit zum Ausgangspunkt nimmt und nicht mehr einfach die verfügbaren Beiträge. Für diese grossen Schritte gebührt dem Finanzverantwortlichen Theo Füeg und den SektionskassierInnen ein grosser Dank! Der letzte Schritt wird die Verständigung mit der Kantonalpartei zur besseren Unterstützung der Sekretariatsleistung sein. Auch die Kommunikation wurde weiter ausgebaut, durch die Integration des regiolinks ins links, die Mitgliederzeitung der SP Schweiz, und einen eigenen Blog zu aktuellen politischen Themen. Die SP meldete sich auch 2010 mit mehr Medienmitteilungen zu Wort als alle andern Parteien. Zwar wurden diese nur spärlich in den Zeitungen berücksichtigt, es braucht sie aber trotzdem als Teil der Meinungsbildung und Orientierung für Mitglieder, SympathisantInnen und WählerInnen. Blogbeiträge und Medienmitteilungen werden auf der neu an die kantonalen Vorgaben angepasste Homepage der SP Stadt Bern (www.spbern.ch) aufgeschaltet. Mit all diesen Massnahmen handelt die SP gemäss ihrem neuen Kommunikationskonzept, das Parteisekretärin Leyla Gül einmal in drei Worten zusammen gefasst hat: «redä, redä, redä».

Partei- und Geschäftsleitung bereiteten im letzten Jahr wichtige Geschäfte für die Delegiertenversammlung vor. Dabei zeichnete sich insbesondere auch die Geschäftsleitung durch eine aktive und engagierte Arbeit aus. Politisch wichtig waren etwa die Entscheide zum Budgetprozess, zur Ausnahmeregelung betreffend Doppelmandate oder zum städtischen Sportkonzept. Weiter wurde die Zusammenarbeit innerhalb des RGM-Bündnisses sowie mit den Gewerkschaften und Personalverbänden in der Stadt diskutiert. Zweimal traf sich die Parteileitung mit den Präsidien der städtischen Arbeitsgruppen. Einer zunehmenden Beliebtheit erfreut sich das Vernetzungstreffen nach den Sommerferien, das dem grossen Kreis der in verschiedenen Funktionen engagierten städtischen SP-Mitgliedern offen steht. Für einmal traf sich eine Delegation der Parteileitung auch mit der Entente Bernoise zu einem Meinungsaustausch – wobei die Unterschiede naturgemäss grösser waren als die Gemeinsamkeiten. Die AG Sozialpolitik hat im Januar eine viel beachtete Veranstaltung zum Thema Armut organisiert, und die AG Sicherheit hat in einer Freitagnacht im September zu einem eindrücklichen sicherheitspolitischen Rundgang durch Bern eingeladen.

Schliesslich beteiligte sich die Stadt Bern an diversen Mitwirkungen und Vernehmlassungen, unter anderem zum Reglement über die Spezialfinanzierung für Kunst im öffentlichen Raum, zum Leitbild zur städtischen Integrationspolitik, zum regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept, zur Überbauungsordnung Stöckacker Süd und zum Sport- und Bewegungskonzept der Stadt Bern. Den Arbeitsgruppen, die jeweils die Entwürfe erarbeiteten – allen vorab der AG Stadtentwicklung – sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Parteileitung setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen: Co-Präsidium Thomas Göttin und Flavia Wasserfallen (ab März), Felix Hauser, Vizepräsident, Theo Füeg, Finanzverantwortlicher, Leyla Gül, Parteisekretärin, Annette Lehmann, Fraktionspräsidentin und die freien Mitglieder Stefan Jordi, Andreas Schefer, Miriam Schwarz und Giovanna Battagliero (ab August).

Thomas Göttin und Flavia Wasserfallen, Co-Präsidium SP Stadt Bern

2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion

Das Wichtigste vornweg: Die SP/JUSO-Fraktion hat 2010 grossartige Arbeit geleistet. Die Mitglieder reichten 39 Vorstösse ein, sie waren bei den wichtigen Sachgeschäften sehr gut vorbereitet und leisteten in den Kommissionen seriöse Arbeit. Mit viel Leidenschaft aber auch mit knochenharter Bütz setzte sich die Fraktion für nötige Investitionen in eine offene, familienfreundliche und ökologische Stadt ein und verteidigte wichtige Errungenschaften insbesondere im sozialpolitischen Bereich. Dies in einem Jahr, das von fragilen, wechselnden Mehrheiten, einem anstrengenden Bündnispartner und zunehmend SP-kritischen Medien gezeichnet war. Allen Fraktionsmitgliedern sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement gedankt.

Personell gab es einige Änderungen. Zum einen übernahm Annette Lehmann das Präsidium der Fraktion von Giovanna Battagliero; zur Vize-Fraktionspräsidentin wurde Leyla Gül gewählt. Wir bedanken uns bei Giovanna hier noch einmal herzlich für ihr Engagement, das sie für die SP/JUSO-Fraktion geleistet hat. Giovanna hat die Fraktion mit grossem politischem Gespür, fundierten Dossierkenntnissen und der notwendigen Disziplin dreieinhalb Jahre lang geführt.

Zum andern gab es im Berichtsjahr zwei Rücktritte von langjährigen Stadtratsmitgliedern: im Mai gaben Michael Aebersold und Rolf Schuler ihren Rücktritt bekannt. Mit Rolf und Michael schieden zwei versierte und sehr gut vernetzte Stadträte aus der SP/JUSO-Fraktion aus – Michael Aebersold wird für die SP weiterhin im Grossen Rat politisieren. Die Nachfolge übernahmen Halua Pinto de Magalhães (JUSO) und Silvia Schoch-Meyer (SP Länggasse-Felsenau).

Das politisch brisanteste Thema war zweifellos die Rentenalter-Debatte – und sie war auch eine der politischen Tiefschläge des Jahres (und wohl auch der zurückliegenden). In der Sitzung vom 3. Juni setzte der Stadtrat das Rentenalter für die städtischen Angestellten von 63 auf 65 Jahre handstreichartig herauf. Der als Tischvorlage und im Rahmen einer grundsätzlich unbestrittenen Teilrevision des Personalreglements vorliegende BDP/CVP-Antrag kam mit sehr knapper Mehrheit durch – leider auch mit Mithilfe des Bündnispartners GFL.

Die SP/JUSO- und die GB/JA!-Fraktionen wehrten sich in der Folge vehement gegen diese willkürliche und unseriöse Aktion. Sie missachtet nicht nur jegliche Regeln der Sozialpartnerschaft, sondern steht auch den modernen Entwicklungen im Hinblick auf eine Flexibilisierung des Rücktritts- und Rentenalters diametral entgegen – die neue Regelung wird die Stadt sehr viel mehr kosten, weil ältere Mitarbeitende einen höheren Lohn beziehen als jüngere.

Mit einer friedlichen und sehr gut organisierten Kundgebung taten die Gewerkschaften an der darauf folgenden Stadtratsitzung ihrem Unmut kund. Die unseriöse Überstürzttheit der Aktion wurde der Mitte-rechts Allianz sehr bald offenbar, löste sie gar bei der bürgerlichen Gemeinderätin Hayoz nur Kopfschütteln aus. Leider hatte die Allianz weder die Grösse noch die Klugheit, den überstürzten Beschluss zu revidieren: Als der Gemeinderat in der Stadtratssitzung vom 17. Juni von seinem Recht Gebrauch machte, einen Rückkommensantrag zu stellen, war es ihr ganz offensichtlich wichtiger, das Gesicht zu wahren – den Preis müssen ja nicht sie, sondern die städtischen Angestellten zahlen. Der Rückkommensantrag des Gemeinderats wurde abgelehnt, allein der Zeitpunkt für die Umsetzung des Beschlusses wurde auf den 1. Januar verschoben.

Nicht lange, und dieselbe Mitte-rechts-Allianz hatte erneut Gelegenheit, ihre Inkompetenz unter Beweis zu stellen – im Debakel um den Gegenvorschlag zur Kita-Initiative. Die Kita-Initiative der SP Stadt Bern war am im November 2008 mit 5'839 beglaubigten Unterschriften eingereicht worden. Sie will den langen Wartelisten ein Ende setzen und fordert ein Recht auf einen Kita-Platz – spätestens 6 Monate nach Anmeldung sollen Eltern für ihr Kind einen Betreuungsplatz auf sicher haben. Dieser Initiative setzte die Mitte-rechts-Allianz einen völlig unterschiedlichen Gegenvorschlag gegenüber: den Systemwechsel auf Betreuungsgutschriften. Die Tatsache, dass dieselbe Allianz in der Stadtratssitzung vom 18. Februar ein Pilotprojekt für Betreuungsgutschriften durchgebracht hatte, ignorierte sie dabei völlig. Die SP/JUSO-Fraktion drückte ihr Befremden mehrmals aus, dass der Stadtrat nicht zuerst die Ergebnisse des Projekts auswerten wollte. Das unnötig übereilte Vorgehen in Bezug auf die Gutscheine spricht nach Ansicht der SP nicht gerade für eine grosse Seriosität im Umgang mit dem Thema. Dazu kommt, dass die im Gegenvorschlag formulierten Forderungen zum Systemwechsel unausgegoren sind; juristische Abklärungen wurden nicht eingeholt. So ist die Subventionierung von Betreuungsgutscheinen durch den Kanton gemäss der kantonalen Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) nicht vorgesehen und eine Mitfinanzierung durch den Lastenausgleich ist damit fraglich.

Trotz aller Kritik sei an dieser Stelle aber doch erwähnt, dass auch der Gegenvorschlag grundsätzlich einen Rechtsanspruch bei Berufstätigkeit der Eltern und aus sozialen Gründen will, spricht: sich dafür einsetzt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung weiterhin ausgebaut werden soll. Dass diese Haltung heute von einer breiten Mehrheit des Stadtrats geteilt wird, ist ein Erfolg der Kita-Initiative der SP.

Der drohende Wegfall der kantonalen Subventionen machte der Mitte-rechts-Allianz nun offenbar trotzdem Bauchweh. Der Hauruck-Übung auf der städtischen Ebene folgte eine Haudruck-Übung auf der kantonalen: Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats überwies einen dringlichen Vorstoss, der die Regierung auffordert, den entsprechenden Artikel im ASIV abzuändern (eine Tendenz, die übrigens zu-

nimmt: sobald ein Entscheid der Stadt den Bürgerlichen nicht genehm ist, versuchen sie, ihn auf der kantonale Ebene zu torpedieren. Siehe auch Bericht der städtischen Grossräte, S. 12). Der langen Rede kurzer Sinn: dem hingewurstelten Gegenvorschlag steht die klare, transparente und seriös erarbeitete Kita-Initiative gegenüber, über die im Mai 2011 hoffentlich endlich abgestimmt werden kann!

Etwas weniger unseriös ging es in der Budgetdebatte zu und her. Im September verabschiedete der Stadtrat das Budget 2011 in rekordverdächtiger Schnelle und konstruktiver Atmosphäre; die SP/JUSO-Fraktion musste aber einige Kröten schlucken. Die Ausgangslage war nicht einfach: Mit einem Ausfall von rund 25 Millionen Franken rechnet der Gemeinderat für das kommende Jahr. Fast die Hälfte dieser happigen Steuerausfälle sind dem Grossen Rat zu verdanken – er drückte im März dieses Jahres eine Steuersenkung durch, deren Lasten nun die Gemeinden zu tragen haben. Angesichts dieser schwierigen Vorzeichen akzeptierte die SP/JUSO-Fraktion grundsätzlich, dass nur wenige neue Aufgaben finanziert werden können. Dass für das kommende Jahr aber keine grösseren Investitionen geplant sind und für neue Leistungen bescheidene 2 Millionen Franken zur Verfügung stehen, ist unschlicht zu wenig. So kämpften wir in der Debatte erfolgreich für den Erhalt des Budgetpostens zur Durchführung von zwei autofreien Sonntagen, für die Eisbahn vor dem Bundeshaus und das Suchtpräventionsprogramm «SuSeischWoDüre». Zudem gelang es uns, einen von den Grünliberalen angestrebten Abbau der Qualität bei den Tagesschulen und Kitas zu verhindern. Knapp abgelehnt wurden unsere Anträge zu einem grösseren Ausbau von Kita-Plätzen als geplant, zum Erhalt der Ferieninsel auf dem heutigen Niveau und zur Jugendarbeit auf der Engehalsinsel. Schlicht fahrlässig war schliesslich der Entscheid des Stadtrats, das Stadtplanungsamt nicht mit genügend Mitteln zu versehen. Angesichts der anstehenden planerischen Herausforderungen und dem Erfordernis, die Einwohnerzahl Berns zu erhöhen, wäre ein moderater Ausbau des Stadtplanungsamts unbedingt nötig und auch im Interesse des lokalen Gewerbes gewesen.

Dass mit 12,5 Millionen Franken nur die Hälfte der geplanten Abschreibungen getätigt werden kann, unterstützte die SP/JUSO-Fraktion. In einem Jahr, das vor allem durch Verzichtsplanning gekennzeichnet ist, kann der Schuldenabbau nicht primäre Aufgabe sein, zumal die Stadt mit den Rückzahlungen ohnehin weit voraus ist.

Ein weiteres Thema, das die Gemüter erregte, war der Inselbus. Im April stoppte der Berner Stadtrat das Projekt, auch die SP/JUSO-Fraktion lehnte die Vorlage mehrheitlich ab. Sie unterstützte zwar die Absicht, das Inselspital besser zu erschliessen. Das sollte aber nicht auf Kosten des Von Roll-Gebiets passieren. In der Folge erarbeitete die AG Stadtentwicklung der SP Stadt Bern einen konkreten Vorschlag, mit dem Ziel, ein rasch realisierbares Projekt zu finden, welches das Bedürfnis des Inselspitals nach einer besseren öV-Erschliessung erfüllt, keine Nachteile für das Von Roll-Areal bringt, kostenneutral im Vergleich zum vorgelegten Projekt ist und Verbesserungen für die ganze Länggasse bringt. Die Lösung war einfach: Die Linie 11 bleibt, wie sie ist. Der Ausbau Richtung Inselareal wird wie vorgesehen realisiert, möglichst mit einer (späteren) Verlängerung bis zum Bahnhof Ausserholligen. Der Bus in die Insel wird mit der Linie 20 (Wankdorf) verknüpft. Die auf der Linie 20 nötige höhere Frequenz wird durch eine neue Linie sichergestellt, die nicht am Bahnhof wendet, sondern in die Länggasse fährt und dort die Linie 12 verstärkt. Diese

Idee wurde in den Diskussionen mit den Projektverantwortlichen zwar anerkennend zur Kenntnis genommen, schliesslich aber trotzdem abgelehnt. Es schien, als stünde bei der Regionalen Verkehrskonferenz nicht die bessere öV-Erschliessung von Stadtquartieren im Vordergrund, sondern einzig die Erfüllung der Anliegen des Inselspitals.

In der Sitzung vom 11. November verabschiedete der Stadtrat das Projekt Inselbus-Erschliessung schliesslich. Die SP/JUSO-Fraktion enthielt sich mehrheitlich der Stimme, da das Projekt aus ihrer Sicht zuwenig markant verbessert worden war. Die ganze Vorlage bleibt eine typische Insel-Lösung, die den angrenzenden Quartieren nur marginale Verbesserungen bringt.

Nicht minder emotional ging es bei der Beratung des Videoreglements zu – mit Sicherheit DAS Lieblingsgeschäft von Gemeinderat Reto Nause und ein Thema, das in der SP/JUSO-Fraktion ziemlich kontrovers diskutiert wurde. Die Ansicht der Fraktion lässt sich am ehesten so auf den Nenner bringen: im Vergleich zum Preis, den man für die Videoüberwachung zahlt, ist ihr Nutzen relativ klein – dem Recht auf Privatsphäre steht die Tatsache gegenüber, dass sich die Wirksamkeit der Videoüberwachung nicht nachweisen lässt. Alle Untersuchungen zeigen, dass ihre Wirkung nach einer gewissen Zeit nachlässt oder sich die Kriminalität verlagert. Statt der definitiven Einführung forderte die SP/JUSO-Fraktion die Prüfung eines dreijährigen Pilotprojekts. Erst nach sorgfältiger Auswertung der Ergebnisse und wenn nachgewiesen werden könne, ob die gesamtstädtische Kriminalität tatsächlich gesunken sei, solle die Videoüberwachung fester Bestandteil der städtischen Sicherheitspolitik werden.

Nach einer relativ sachlichen Eintretensdebatte stieg der Stadtrat am 28.10. in die Detailberatung ein, in welcher die SP/JUSO-Fraktion diverse Verbesserungen durchbrachte, unter anderem betreffend Information zu den Kamerastandorten, Betriebszeiten und Evaluation. Sogar der Antrag, wonach der Stadtrat und nicht der Gemeinderat die Kamerastandorte bestimmen soll, fand unerwartet (mit Stichtentscheid des Präsidenten) eine hauchdünne Mehrheit. Für die Schlussabstimmung rechneten alle im Saal - vor allem auch Sicherheitsdirektor Nause - mit einem Ja zum Videoreglement. Es kam aber anders: Die FDP lehnte das Videoreglement ab und verhalf damit unserer Position zum Durchbruch, sprich: keine Videoüberwachung des öffentlichen Raums in der Stadt Bern.

Mit einem Wiedererwägungsantrag ging der aufregende Zick-Zack-Kurs der FDP nach der Pause weiter: Es war klar, dass die Freisinnigen von Reto Nause in der Zwischenzeit gehörig den Kopf gewaschen bekommen hatten (der Gemeinderat liess sich in der Zeitung denn auch mit den Worten vernehmen, die FDP sei vom Affen gebissen). Wie knapp und fragil die Mehrheiten geworden sind, zeigte sich bei dieser Abstimmung erneut: der Wiedererwägungsantrag fand bei Mitte-Rechts eine Mehrheit. Und an der darauffolgenden Sitzung stimmte der Stadtrat dem Videoreglement schliesslich zu – die Kompetenz über die Standorte bleibt beim Parlament und die Freisinnigen enthielten sich diesmal der Stimme.

Zum Abschluss seien die Höhepunkte des politischen Jahrs 2010 erwähnt: Da ist zum einen die glanzvolle Wahl von Ursula Marti zur 2. Stadtratsvizepräsidentin; der Abschluss der Administrativuntersuchung zum Bärenpark und damit verbunden der Entscheid, die Stadtbauten in die Stadtverwaltung zurückzuführen; der Beschluss, den Ratsbetrieb von einem Ein- auf einen Zwei-Wochen-Rhythmus umzustellen. Und schliesslich die wundervolle Tatsache in einer Stadt zu politisieren, die von einer soliden links-grünen Bevölkerung bewohnt wird, was der SP an der Urne regelmässig Erfolge garantiert.

Annette Lehmann und Leyla Gül, Präsidentin und Vizepräsidentin der SP/JUSO-Fraktion

3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte

Januarsession 2010

Der Grossratsbeschluss «zäme läbe – zäme stimme» wurde angenommen. Das Anliegen, wonach Gemeinden ihren niedergelassenen AusländerInnen das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten erteilen dürften, wurde dann leider im September vom Volk mit ca. 72 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

Trotz engagierter Gegenwehr von Links-Grün stimmte der Grosse Rat mit 99 zu 40 Stimmen einem erneuten «Geschenk» – es war nicht das erste – im Umfang von 5,7 Millionen Franken an die Alpar AG zu. Eine Minderheit der SP war ebenfalls dafür oder enthielt sich der Stimme. Der Flughafen Belpmoos wird wohl langfristig am Tropf des Kantons hängen.

Märzsession 2010

Ein Schwergewicht der Session war das Energiegesetz, das in 2. Lesung beschlossen wurde. In der Novembersession 2009 (1. Lesung) war eine Hauptsäule des Gesetzes – eine Lenkungssteuer auf elektrischer Energie – leider von den Atomparteien gekippt worden. Hingegen konnte in der 2. Lesung das Geak-Obligatorium (Geak = Gebäudeenergieausweis) von Links-Grün beibehalten werden, nicht aber die Sanierungspflicht für Energieschleudern. Heftig umstritten war auch die Förderabgabe auf Strom im Bereich 0,5-1 Rappen pro kWh, als Anreiz für sanierungswillige HausbesitzerInnen. Links-Grün hat diesen «Hosenlupf» gewonnen. Der Preis: Der Hauseigentümerverband, der HIV und die SVP ergriffen das Referendum (vgl. Novembersession 2010). Es bleibt zu hoffen, dass die erwähnten Links-Grünen Siege die Volksabstimmung im Jahr 2011 auch noch bestehen werden.

Eine Änderung des Gemeindegesetzes wurde in 2. Lesung beschlossen. Trotz ausgedehnter Diskussionen darüber, was etwa in den amtlichen Anzeigern abgedruckt werden dürfte, gab es keine markanten Änderungen gegenüber heute.

Höhepunkt der Märzsession war die Änderung des Steuergesetzes. Die Bürgerlichen setzten mit einem beispiellos brutalen Ausspielen ihrer Mehrheit eine Steuer-senkung von rund 200 Mio pro Jahr durch – die Kosten werden vor allem die Gemeinden zu zahlen haben. Ein Eventualantrag wurde mit dem einzigen Ziel eingebracht, einen (in der Vergangenheit erfolgreichen) Volksvorschlag der Linken zu verhindern. Rat an SP-StadträtInnen: Lest das Tagblatt der Märzsession (Seiten 401

bis 436), wenn sich die Bürgerlichen im Stadtrat über das Machtgebahren der Linken beklagen.

Die Wahlen vom April 2010 brachten für den Grossen Rat einen deutlichen Rechtsrutsch (SVP -3, BDP +25, SP -7, Grüne -3). Die Hoffnung, die BDP würde sich von Zeit zu Zeit von der SVP unterscheiden müssen und damit mit der Linken stimmen, hat sich in den drei weiteren Sessionen des Jahres 2010 leider nur selten bestätigt.

Junisession 2010 (Beginn der Legislatur 2010 bis 2014)

Universitätsgesetz (2. Lesung). Die Befürchtung, die automatische Mitgliedschaft bei der Studentenschaft SUB würde nach den Wahlen abgeschafft, ist nicht eingetreten. Der Hauptgrund besteht darin, dass die SUB sich neu nicht mehr zu Gegenständen äussern darf, die mit der Uni nichts zu tun haben. Resultat: mit 98:50 Stimmen wurde der entsprechende SVP-Antrag verworfen.

Ein Beitrag zur Führung des Botanischen Gartens 2010 bis 2013 von CHF 690'000 wurde ohne Opposition gutgeheissen. Wir können vorläufig aufatmen.

Fatalerweise wurde mit 92:63 Stimmen die Motion Flück (FDP) überwiesen, die eine positive Stellungnahme des Kantons gegenüber dem Bund zu einem neuen und viel grösseren AKW in Mühleberg fordert. Die BDP etablierte sich mit einem einstimmigen Ja eindeutig als Atompartei. In der Folge verhinderten die gleichen Bürgerlichen die Überweisung von zwei SP-Motionen, die einen Ausbau der neuen erneuerbaren Energien und ein stromsparendes Tarifmodell bei der BKW verlangten. Dies zur Pflege der sog. «Stromlücke», das Hauptargument der Atomparteien.

Gebäudeversicherungsgesetz (2. Lesung). Die GVB ging aus der Gesetzesänderung leicht gestärkt hervor, was von liberaler Seite kritisiert wurde. Die Lobby der Privatversicherungen habe geschlafen – aus unserer Sicht ein gesunder Schlaf.

Als Folge der Justizreform musste der Grosse Rat in der Juni-, September- und Novembersession eine absolute Rekordzahl von neuen RichterInnen wählen. Von aussen wurde kritisiert, dass BewerberInnen mit Parteibuch bei dieser Wahl einen unangemessenen Vorteil hatten.

Septembersession

Zwei Motionen der Oberaufsichtskommission unter Präsident Andreas Blaser (SP) wurden überwiesen: «Schaffung einer Kommission für Aussenbeziehungen» und «Einleitung einer Totalrevision des Parlamentsrechts».

Novembersession

Stellungnahme des Kantons Bern zum Rahmenbewilligungsgesuch für den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg. Alle bürgerlichen Parteien outeten sich als Atomparteien. Ärgerlich war, dass auch ideologische Sprachregelungen der BKW, wie der Begriff «Ersatzkraftwerk», durchgepaukt wurden. Fakt ist, dass der sog. Ersatz vier Mal grösser ist als das bestehende Kraftwerk. In der Schlussabstimmung wurde eine positive Stellungnahme zuhanden des Bundes mit 91:53 Stimmen überwiesen.

Beim Volksvorschlag «Für eine Energiepolitik ohne Bürokratie und neue Stromsteuer» (Gegenvorschlag zum Energiegesetz) verlangten die Bürgerlichen zwei zusätzliche Opfer: die Förderabgabe auf Strom und das Obligatorium des Geak. Der Grosse Rat gab dem Volksvorschlag mit 81 Ja zu 63 Nein-Stimmen den Vorzug.

Strassenbauprogramm 2011-2013. Es gelang der SP-Fraktion, eine verkehrspolitisch begründete Opposition (ohne regionalpolitische Aspekte) gegen den Strassenbau aufzubauen. Wir stellten Kürzungs- bzw. Umlagerungsanträge zugunsten des Langsamverkehrs, gestützt auf eine Nutzen/Kosten-Analyse der BVE. Zu unserem Erstaunen wurden wir von den Grünen nur zum Teil unterstützt. Resultat: Über 100 zu 20 bis 30 Stimmen gegen unsere Anträge.

Volksvorschlag «Steuerliche Entlastung der Strassenfahrzeuge im Kanton Bern» zum kantonalen Motorfahrzeugsteuergesetz. Der von uns bezeichnete «Dreckschleudervorschlag» hatte im Grossen Rat keinen Erfolg. Nur die SVP wechselte ins Lager des Volksvorschlags.

Voranschlag 2011 und Aufgaben-/Finanzplan 2012-2014. Grossrat Peter Eberhardt, BDP schaffte es, die kant. Lebensmittelinspektoren zu bestrafen. Weil ihm die Tätigkeit dieser Inspektoren im Simmental nicht gepasst hat, kürzte der Grossrat den entsprechenden Budgetposten um ca. CHF 1 Million pro Jahr.

Für die Stadt Bern von Interesse sind zwei Motionen, die vom ehemaligen Stadtrat und neu gebackenen Grossrat Philippe Müller (FDP) eingereicht wurden: «Externe Kinderbetreuung: Gleich lange Spiesse für KMU's wie für Staatsbetriebe» und «Praxisnahe Handhabung der Videoüberwachung». In beiden Fällen greift Müller damit in stadtbernische Konflikte ein, die er mit Hilfe der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat für sich entscheiden will. Dölf Barben hat im Bund vom 19.11.2010 in der Kolumne «Kurz frottiert» dieses Vorgehen als «Erika-Prinzip» bezeichnet. Erika Siegenthaler (SVP) wechselte in den 90er Jahren vom Stadtrat in den Grossen Rat. Sie veranlasste den Kanton per Motion, die 1989 von der Stadt Bern angenommene SP-Pendlerinitiative zu kassieren, ganz im Sinne der «SVP-Basisdemokratie».

Res Hofmann, Grossrat SP-Fraktion

4. Gemeindeabstimmungen

7. März

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Initiative «für eine sichere Stadt Bern»	Nein	Nein (56.9%)
Gegenvorschlag des Stadtrats	Ja	Ja (53.8%)
Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West; Baukredit für den Neubau	Ja	Ja (85.5%)

13. Juni

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Initiative «keine gewalttätigen Demonstranten»	Nein	Nein (50.7%)
Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an die Regionalkonferenz Bern-Mittelland; Teilrevision der Gemeindeordnung	Ja	Ja (89.4%)
ZPP Mingerstrasse	Ja	Ja (90.4%)

26. September

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Finanzierung der öffentlichen Räume im WankdorfCity; Kreditaufstockung	Ja	Ja (70.2%)
Initiative «Schliessung und Verkauf der Reitschule»	Nein	Nein (68.4%)

29. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Leistungsvertrag Stiftung Kornhausbibliotheken	Ja	Ja (90.8%)
Initiative «Energiewende Bern»	Ja	Nein (51.2%)
Gegenvorschlag zur Initiative «Energiewende Bern»	Ja	Ja (60.4%)
Stichentscheid	Initiative	
Beschluss des Stadtrats zur Teilrevision des Schulreglements	Ja	Ja (66.8%)
Volksvorschlag zur Teilrevision des Schulreglements	Nein	Nein (64.8%)
Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse	Ja	Ja (87.9%)
Produktgruppen-Budget 2010	Ja	Ja (66.0%)

5. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 31.12.2010

Sektion	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Diff. 09/10	Dele- gierte
Altstadt- Kirchenf. ¹⁾	167	191	196	202	206	207	195	182	182	183	+ 1	10
Bümpliz / Bethl. ²⁾	291	270	260	259	238	243	228	220	219	205	- 14	11
Holligen	68	70	70	67	69	65	70	73	72	63	- 9	4
Länggasse- Enge	214	208	203	209	214	213	216	220	188	171	- 17	9
Nord	279	267	268	291	293	291	271	256	259	251	- 8	13
Ost	180	181	189	189	197	192	189	171	167	148	- 19	8
Süd	171	176	168	167	161	161	163	158	164	168	+ 4	9
Einzelmit- glieder	2	1	2	20	20	16	14	12	11	9	- 2	-
Matte ¹⁾												
Unterst. ¹⁾												
Marzili ¹⁾	27											
Bethl. ²⁾												
Romand ³⁾	24	20	18									
Total	1423	1384	1374	1404	1398	1388	1346	1292	1262	1198	- 64	64

1) 1993 Fusion mit Matte und Unterstadt, 2002 Fusion mit Marzili

2) 1999 Fusion mit Bümpliz zu Bümpliz/Bethlehem

3) Aufgelöst 2004

6. Jahresrechnung

Bilanz per 31. Dezember 2010

Aktiven	154'976.15
Postkonto	32'272.56
E-Depositenkonto	100'533.65
Debitoren VST	135.44
Debitoren Sektionen	8'250.00
Debitoren andere	6'900.00
Transitorische Aktiven	6'884.50
Passiven	154'976.15
Kreditoren	0.00
Kreditoren automatisch	5'445.40
Transitorische Passiven	5'200.00
Darlehen	0.00
Wahlfonds	55'928.00
Info-fonds	5'486.45
Fonds politische Rechte	9'957.20
Gewinnvortrag 01.01.2010	84'240.00
Verlust 31.12.2010	-11'280.90
Gewinnvortrag 31.12.2010	72'959.10

7. Gewinn- und Verlustrechnung

1.1.-31.12.2010

	Rechnung 09	Budget 10	Rechnung 10
Total Aufwand	125369.15	131600.00	135209.60
Wahlen	17226.25	0.00	39.30
- Einlage Wahlfonds	24000.00	24000.00	24000.00
Kampagnen	5537.80	7500.00	14559.05
Information	19522.60	20000.00	14411.05
- Mitgliederzeitung	17051.10	15000.00	8218.00
- PR / Inserate	400.00	1000.00	0.00
- Internet	811.70	3000.00	5443.40
- Publikationen/Broschüren	1259.80	1000.00	749.65
Bildung, Kultur	49.50	2000.00	0.00
Aktionen,Veranstaltungen	3641.35	4000.00	3784.85
- Mitgliederwerbung	0.00	0.00	0.00
- JUSO	0.00	0.00	0.00
Frauenprojekte	0.00	0.00	0.00
Kredit GL	1467.70	2000.00	2553.35
Beitrag SP Kanton	44477.00	55000.00	61596.00
Administration	2031.80	5000.00	4533.25
Saalmieten	5835.15	6000.00	4952.75
Beiträge / Spenden	1280.00	5800.00	4480.00
- JUSO	0.00	2500.00	2500.00
- RGM	0.00	1000.00	0.00
- diverse	1280.00	2300.00	1980.00
Einlage Fonds pol.Rechte	300.00	300.00	300.00
Diverses / Steuern	0.00	0.00	0.00
Finanzierung Schulden	0.00	0.00	0.00
Total Ertrag	122256.45	124400.00	123928.70
Sonderfinanzierung Wahlen	0.00	0.00	0.00
Mitgliederbeiträge	97420.10	92000.00	94218.50
Mandatsteuern	20372.50	28000.00	26882.50
Ertrag Stadt Blatt	1000.00	500.00	0.00
Zinsertrag	248.80	200.00	578.95
Entnahme Wahlfonds	0.00	0.00	0.00
Spenden	235.00	1000.00	0.00
Beiträge Kampagnen	0.00	200.00	0.00
Diverse Erträge	2980.05	2500.00	2248.75
Wahlfinanzierung	0.00	0.00	0.00
Materialverkauf	0.00	0.00	0.00
Auflösung Reserven und Vermögen	0.00	0.00	0.00
Erfolg	-3112.70	-7200.00	-11280.90

8. Berichte der Arbeitsgruppen

8.1 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Die AG Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr zu sieben Sitzungen getroffen. Erfreulich ist, dass in diesem Jahr drei neue Mitglieder gewonnen werden konnten, so dass die Arbeitsgruppe aktuell 12 Aktive zählt.

Am 30. Januar 2010 haben wir die Tagung «Armut – mutlos?» durchgeführt, an der rund 40 Personen – darunter auch von Armut betroffene Personen – teilnahmen. An der Tagung konnten wir unter anderen Ueli Mäder (Universität Basel), Rudolf Strahm (ex-Preisüberwacher), Margret Kiener-Nellen (Nationalrätin), Thomas Näf (Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen) sowie Gemeinderätin Edith Olibeth begrüßen. Im Rahmen von Referaten und drei Workshops wurden konkrete Ideen und Vorschläge zur Armutsbekämpfung diskutiert.

Im Zuge des Vernehmlassungsverfahrens befasste sich die Arbeitsgruppe mit dem Thema Integration und entwarf die Stellungnahme der SP zum aktuellen Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010.

Weitere Schwerpunkte in der Arbeitsgruppe waren:

- Information und Diskussion von aktuellen Themen aus dem Stadtrat sowie aus der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur SBK
- Auswertung der Tagung «Armut – mutlos?»; Diskussion von möglichen Ansätzen und Modelle zur Weiterbearbeitung (u.a. bedingungsloses Grundeinkommen, Ergänzungsleistungen für Familien, Sozialfirmen, supported employment).

Mitglieder der AG Sozialpolitik (aktueller Stand per 31.12.2010): Christof Berger, Res Bürki, Martina Eggenschwiler, Veronika Keller, Miriam Schwarz (Stadträtin, Kontakt GL), Silvia Schoch-Meyer (Stadträtin, Co-Präsidentin der AG), Aschi Spychiger, Markus Troxler, Gülistan Ucur, Christian Utz, Matthias von Bergen (Co-Präsident der AG), Gerhard Wehrli.

Für die AG Sozialpolitik: Matthias von Bergen und Silvia Schoch-Meyer

8.2 Arbeitsgruppe Sport

Die AG Sport wurde im Sommer 2010 gegründet. Die Mitglieder der AG haben sich schnell entschieden, keine Positionspapiere für die Schublade verfassen zu wollen. Stattdessen wurde beschlossen, möglichst nah am politischen Alltag zu bleiben und entsprechende Mitwirkungen zuhanden der Partei zu verfassen. Im vergangenen halben Jahr nahmen wir zu zwei Themen Stellung.

Zum einen zum Positionspapier «Fanarbeit» der Juso Bern. Grundsätzlich begrüßte die AG Sport die Stossrichtung des Papiers. Allerdings regten wir gewisse Anpassungen an, was den juristischen Rahmen der Forderungen betrifft. Das Positionspapier und die Stellungnahme wurden beide an der DV vom 1. November 2010 vorgestellt und mit Anpassungen verabschiedet.

Zum andern bereitete die AG Sport den Mitwirkungsentwurf zum städtischen Sport- und Bewegungskonzept vor. Auch hier begrüßte die AG die grundsätzliche Stossrichtung des Konzepts. Allerdings verlangten wir gewisse Anpassungen bei den Massnahmen und Umsetzungen. Dazu kritisierte die AG, dass bei den verschiedenen Bereichen manchmal zu wenig oder zu stark ins Detail gegangen wurde.

Die AG Sport befürwortete die geplante Schliessung der Bäder Hirschengraben und Ka-We-De und den Bau einer neuen Schwimmsportanlage. Der Standort dieser neuen Anlage müsse aber zentral und gerade für den Schwimmunterricht gut erreichbar sein.

An der Geschäftsleitungssitzung vom 15. Dezember 2010 wurde die Mitwirkung der AG Sport mit grundlegenden Änderungen verabschiedet. Die GL wollte auf die Schliessung der Ka-We-De verzichten. Die Schliessung des Hirschengraben Hallenbads wurde nur mit Stichentscheid beschlossen.

Die AG Sport tat sich sehr schwer mit diesen Entscheidungen. Ein Mitglied verliess die AG noch am gleichen Abend. Es ist für die AG Sport unbegreiflich, dass die GL partikuläre Quartierinteressen höher gewichtet als die Argumente ausgewiesener Experten und gleichzeitig vor der nicht rosigen finanziellen Lage der Stadt Bern die Augen verschliesst. Die AG Sport wünscht sich, dass die GL die Entwürfe und Argumente von Arbeitsgruppen zukünftig besser honoriert. Aufgrund der momentanen schwachen personellen Lage ist ein Weiterbestehen der AG Sport unsicher.

Für die AG Sport: David Stampfli

8.3 Arbeitsgruppe Sicherheit

Im vergangenen Jahr wurde die Sicherheitspolitik unserer Partei gleich mehrfach an der Urne bestätigt: Im März wurde die FDP-Initiative für eine massive Erhöhung des Polizeibestandes abgelehnt und der von der SP unterstützte Gegenvorschlag angenommen. Im Juni gewannen wir die Abstimmung über einen Entfernungartikel im Kundgebungsreglement. Und im September wurde die Hess-Initiative zur Schliessung der Reitschule wuchtig verworfen.

Neben den Abstimmungen prägten zwei Themen die Sicherheitspolitik im 2010: Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum und die Ausschreitungen rund um Sportanlässe. In der Videofrage beschloss der Stadtrat nach langem Hin und Her ein Reglement, welches die städtische Videoüberwachung prinzipiell ermöglicht, gleichzeitig aber streng reglementiert (und deshalb nun vom städtischen Freisinn auf kantonaler Ebene torpediert wird). An dieser Stelle ein grosses Danke an die Fraktion, welche die grundsätzlich ablehnende SP-Haltung kommunizieren, gleichzeitig aber in der Detailberatung das Reglement entscheidend verbessern konnte.

Bei der Gewalt rund um Sportanlässe hingegen sind wir von einer befriedigenden Lösung noch weit entfernt. Das Juso-Papier zur YB-Fanarbeit beurteilten wir zu Handen der städtischen DV grundsätzlich positiv – es ist aber auch klar, dass die Fokussierung auf die Fanarbeit zuwenig weit reicht und dass die Position der SP einen breiteren Blickwinkel haben muss. Die Grundlagenarbeit hierzu steht noch aus.

Für die AG Sicherheit selber war das vergangene Jahr ein Jahr der Konsolidierung: Im 2009 gegründet und vorab mit konkreten GL-Aufträgen (Positionierung der Partei hinsichtlich FDP-Initiative und Videoüberwachung) beschäftigt, begann die AG Sicherheit im 2010 selbstständig zu arbeiten. Im Juni diskutierten wir in einer tour d'horizon mit Gemeinderat Reto Nause die verschiedenen Baustellen in der Sicherheitspolitik (wir hoffen, ein solches Treffen jährlich durchführen zu können). Im September organisierten wir einen Stadtrundgang zur Sicherheitspolitik, an welchem sieben Fachleute jeweils direkt vor Ort zu Themen wie Drogenszene, Alkistübli oder Nachtleben orientierten. Die Rückmeldungen zu diesem Anlass waren derart gut, dass wir ihn im Frühling 2011 erneut durchführen wollen.

Die Mitglieder der AG Sicherheit sind: Giovanna Battaglio, Yasemin Cevik, Leyla Gül, Martin Krebs, Christian Jungen, Peter Mösch, Stefan Müller, Pia Neuhaus. Wir arbeiten mit rotierender Leitung und rotierendem Protokoll. Im letzten Jahr hielten wir fünf Sitzungen ab.

Für die AG Sicherheit: Stefan Müller

8.4 Arbeitsgruppe Kultur

Die AG Kultur hat sich nach einem intensiven Jahr 2009 mit 5 Sitzungen im 2010 an einer Sitzung getroffen.

Am 15. März traf sich die AG Kultur mit Mitgliedern der Stiftung PROGR, Susanne Ammann, Leiterin Administration und Matthias Kuhn, einer von acht Stiftungsräten. Am 1. Januar 2010 ist das Gebäude des PROGR an die Stiftung übergegangen. Daraufhin erschien im Februar in Medien ein Bericht, dass im Progr Probleme bestünden. Deshalb hat sich die AG Kultur vor Ort über den Stand der Dinge informieren lassen. Ammann und Kuhn beschrieben ihre Struktur und die neue Mietpreisregelung (Harmonisierung mit 3 Ansätzen). Der Übergang und die neuen Zuständigkeiten bräuchten etwas Zeit, es gebe viel zu tun. Sie betonten, dass der PROGR sich an den Stiftungszweck halte und keine Subventionsgelder der Stadt beantragen werde. Die AG Kultur liess sich überzeugen, dass die Berichterstattung in den Medien sehr einseitig war und dass die Befürchtungen, dass die Stiftung bereits nach wenigen Monaten in Schieflage geraten sei, nicht zutreffen.

Für das Jahr 2011 – gemäss GL-Beschluss sind die Jahresthemen Kultur und Sport – steht eine wichtige Abstimmung im Zentrum: Die Genehmigung der Leistungsverträge der grossen Kulturinstitutionen. Die AG wird dazu eine Meinung bilden und für den Erhalt der vielfältigen Kultur in der Stadt Bern einstehen. Aktionen zum Abstimmungskampf sind in der Planung. Zudem werden die weiteren Schritte zu den Themen Konzert-Theater-Bern und kantonale Kulturstrategie verfolgt.

Die Mitglieder der AG Kultur sind Renate Heer, Annette Lehmann, Ursula Marti, Maria Mollica, Patrizia Mordini, Markus Morgeneegg, Veronica Schaller, Adrian Schild und Nicola von Greyerz. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Für die AG Kultur: Patrizia Mordini und Nicola v. Greyerz

8.5 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen

2010 tagte die Arbeitsgruppe 8 Mal unter der Leitung von Felix Hauser und Gisela Vollmer. Das Leitungsteam, bestehend aus Oskar Balsiger, Felix Hauser, Gisela Vollmer (Stadträtin), David Stampfli und Elsi Meyer, traf sich zudem noch zu weiteren Sitzungen. Es beschloss zu Beginn des Jahres, sich neben den aktuellen Mitwirkungen intensiver mit einzelnen Quartieren auseinanderzusetzen, im Vordergrund standen insbesondere die Quartiere Weissenbühl und Länggasse.

So diskutierte die Arbeitsgruppe die problematische Entwicklung beim Bahnhof Weissenbühl: Die beabsichtigte Schliessung des Schalters und die unzureichenden Umsteigebeziehungen zum neuen Tram Region Bern. Mit der geplanten Linienführung vom Tram Region Bern wird die bisherige Trammerschliessung des Weissenbühlquartiers voraussichtlich wegfallen. Sehr zufrieden war deshalb die AG mit dem überwiesenen SP-Antrag im Stadtrat, dass mit der Vorlage Tram Region Bern auch die Erschliessung des Weissenbühlquartiers aufgezeigt werden muss.

Mehrmals wurde die Inselbusvorlage besprochen: mit der neuen Linienführung der Buslinie Nr. 11 und der neuen Erschliessung des von-Roll-Areals mit dem Postauto war die AG grundsätzlich nicht einverstanden. Sie erarbeitete dazu den eigenen Vorschlag «2012».

Ebenfalls nicht einverstanden war die AG mit der WankdorfCity-Vorlage: ein neues Quartier sollte nicht ohne Wohnnutzung entstehen.

Zu Handen der Geschäftsleitung wurden folgende Mitwirkungen vorbereitet:

- Tram Region Bern, Belastung Innenstadt und alternative Linienführungen: keine Verlegung von Bus Nr. 12, Zulieferverkehr reduzieren und verlagern, neue Tramachsen prüfen.
- Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept: LV kommt zu kurz, Ungleichgewicht Arbeitsplätze/Wohnen, nur öV ausbauen reicht nicht aus.
- Stöckacker Süd: Baubeginn frühestens 2013; 2000-Watt-Vision.
- Sachplan Infrastruktur Schiene: Ablehnung der Aarequerung im Bereich Lorraine, Sicherstellung der Anbindung des Bahnhof SBB an die Stadt.
- Sport- und Bewegungskonzept: Ablehnung der Schliessungen des Hallenbads Hirschgraben und des Freibades Ka-We-De, der Alltagsport fehlt im Konzept

Die AG Wohnen, bestehend aus Elsi Meyer (Leitung), Margrith Beyeler, Sabine Schärker, Tobias Reinhard, Cipriano Alvarez, Gisela Vollmer und Rithy Chheng (Stadtrat), befasste sich mit allen aktuellen Wohnungsfragen. Ein besonderes Augenmerk galt den Themen Durchmischung und Verdichtung. Am 8. Mai fand die Besichtigungstour von 5 Arealen statt. An diesen Orten wurden Möglichkeiten aufgezeigt, bei Veränderungen einen hohen Wohnanteil in gemischten Nutzungen vorzusehen. Die Planungsprozesse erfordern je nach Situation angepasste Verfahren. Stadterweiterung/Verdichtung wird auch künftig ein umstrittenes Thema bleiben.

Mitglieder der AG Stadtentwicklung/Wohnen sind unter anderen und neben dem Leitungsteam: Cipriano Alvarez, Christof Bähler, Margrit Beyeler, Martin Gerber, Res Hofmann (Grossrat), Stefan Jordi (Stadtrat), Werner Meile, Patrizia Mordini (Stadträtin), Ruedi Muggli, Ueli Papritz, Tobias Reinhard, David Stampfli, Margrit Stucki

(Grossrätin), Beat Wegmüller (Grosser Gemeinderat Muri), Philipp Wegmüller. Als ReferentInnen waren zu Gast: Gabriele Niedoba, Ronny Reuther, Marco Rupp.
Für die AG Stadtentwicklung/Verkehr: Gisela Vollmer und Felix Hauser

8.6 Arbeitsgruppe Wirtschaft

Seit der Verabschiedung des Wirtschaftspapiers durch die DV im Sommer 2009 erhielt die Arbeitsgruppe Wirtschaft keine neuen Aufträge mehr. Für das Jahr 2011 ist eine Wiederaufnahme der Aktivitäten geplant. Zur Diskussion stehen die Erarbeitung eines Umsetzungsprogramms zum Wirtschaftspapier mit einigen ganz konkreten, praktisch umsetzbaren Massnahmen sowie Überlegungen zu einer KMU-Politik auf städtischer Ebene.

Für die AG Wirtschaft: Toni Brauchle

8.7 Arbeitsgruppe Gleichstellung

Der 2010 eingesetzten AG Gleichstellung ist es wichtig, Gleichstellungspolitik zu machen. In dem Sinne war unser Ziel, dass wir auch einen Mann für die AG begeistern können. Thematisch konzentriert sich die AG die Themen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Vereinbarkeit fokussieren. Sie wird im nächsten Jahr die Ergebnisse präsentieren.

Die Mitglieder der AG Sicherheit sind: Lea Kusano, Edith Siegenthaler, Fabian Leuthold.

Für die AG Gleichstellung: Lea Kusano

8.8 Schulfraktion

Die regelmässigen Treffen mit den SP Schulkommissionsmitgliedern wurden auch im Jahr 2010 fortgesetzt. Es fanden zwei Treffen statt – eines im März und eines im Oktober. Themen waren der Stand der Umsetzung des Schulreglements, der Umgang mit dem Referendum gegen das teilrevidierte Schulreglement seitens der Bürgerlichen sowie das Controlling in den Schulen.

Zum grossen Bedauern aller trat Samuel Zellweger auf die HV 2010 aus dem Vorstand zurück. Cipriano Alvarez wurde neu in den Vorstand gewählt.

Einmal mehr beschäftigte uns im Jahr 2010 das Schulreglement. Dieses wurde im Juni 2009 vom Stadtrat an den Gemeinderat zurückgewiesen. Nach einigem Hin und Her konnte sich der Stadtrat im 2010 auf ein Schulreglement einigen. Allerdings wurde von Seiten der Bürgerlichen das Referendum ergriffen. Dieses Referendum löste grosse Verunsicherung aus. Dank einer guten, überparteilichen Kampagne stimmte die Bevölkerung der Stadt mit grossem Mehr dem vom Stadtrat verabschiedeten Schulreglement zu.

Für die Schulfraktion: Corinne Mathieu

9. Bericht der Juso Stadt Bern

Für die Juso Stadt Bern ging ein äusserst erfolgreiches Jahr zu Ende. Sowohl das Wahlergebnis bei den Grossratswahlen im Frühling, die Mobilisierung zu Aktionen und Veranstaltungen, wie auch das Mitgliederwachstum waren erfreulich. Nebenbei standen – wie bald jedes Jahr – Strukturdiskussionen an. Und selbstverständlich leistete die Juso Stadt Bern ihren nicht geringen Beitrag zum Gelingen der 1:12-Initiative.

Wahlen und Abstimmungen

Die SP Stadt Bern hat, die Jusoliste eingerechnet, in den Grossratswahlen zugelegt. Nicht zuletzt lag das daran, dass die erstmals angetretene Liste der Juso gemeinsam mit den Second@s 2.3% erreichte und so der SP half, ihre sechs Sitze erfolgreich zu verteidigen. Nicht zuletzt ist das eines der besten Juso-Wahlergebnisse auf nicht-kommunaler Ebene aller Zeiten. Wenn wir so weitermachen, werden wir beim nächsten Mal die CVP-Stammliste überholen! Uns gelang es, eine gut gemischte Liste aus Studierenden und Büzern aufzustellen, vom Polymechaniker in Ausbildung über den Philosophiestudenten bis zur Flugbegleiterin, alle zwischen 18 und 26 Jahren alt.

In unserem engagierten Wahlkampf haben wir viel dazugelernt – sei es, dass jede Drucksache von mindestens sechs Augen intensiv geprüft werden sollte, oder dass die Polizei unbewilligte Aktionen auf dem Bundesplatz, gerade bei Eiseskälte, tendenziell nicht auflöst (Tipp an alle: Bei minus 10° sind Zeitlimits zu empfehlen, die Polizei taucht auch nach einer halben Stunde noch nicht auf).

Nach den Grossratswahlen haben uns verschiedene Abstimmungen beschäftigt. Im Fokus stand einerseits klar die Reitschulinitiative der SVP, gegen die sich unzählige Jusos erfolgreich engagierten. Auch waren wir im Berner Regionalkomitee gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung vertreten und sammelten zuvor bereits Unterschriften für das Referendum.

1:12-Initiative

Ein zweiter Fokus war bis in den Oktober die 1:12-Initiative. Nachdem sie schweizweit gut gestartet war, wurde im Winter und Frühling 2010 eher wenig gesammelt, weshalb es im Spätsommer und Herbst eines umso stärkeren Engagements bedurfte. Mit verschiedensten Aktionen, städtischen Sammeltagen, guten Argumenten und hitzigen Diskussionen konnten wir Herrn und Frau BernerIn zum Signieren überzeugen. In 10 Wochen haben wir in der Stadt Bern über 6000 Unterschriften gesammelt. Jeden Samstag und meist auch am Donnerstagabend standen Jusos auf dem Bärenplatz, unterm Baldachin oder in den Quartieren. Und wir haben es geschafft! Die Berner Sektionen waren eine der aktivsten und erfolgreichsten. Am 21. März wird unsere Initiative dann voraussichtlich eingereicht. Wir freuen uns schon auf den Abstimmungskampf in drei oder vier Jahren.

Stadtrat

Seit den Grossratswahlen stellen wir mit Tanja Walliser und Halua Pinto de Magalhães wieder zwei StadträtInnen. Zusammen haben sie acht Vorstösse eingereicht, und wir dürfen stolz behaupten, sie sind zu einem wichtigen Teil der SP/JUSO-

Fraktion geworden. Durch Tanja und Halua stehen und neue Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme offen, die wir vorher nicht hatten.

Ebenfalls dürfen wir erfreut erwähnen, dass unsere Jugendmotion «Licht ins Dunkel», welche die Beleuchtung von Sportanlagen am Freitag- und Samstagabend verlangte, mit grosser Mehrheit vom Stadtrat angenommen wurde. Nach harzigem Sammeln der 40 benötigten Unterschriften konnten wir sie im Frühling endlich einreichen. Nora Krummen aus unserem Vorstand hielt als Erstunterzeichnerin eine exzellente Rede, wodurch schlussendlich fast alle Stadtratsfraktionen der Motion zustimmten.

Fanarbeit

Im Sommer verabschiedete unsere Vollversammlung ein Positionspapier zum Thema Fanarbeit und Fussballfans, welches wir im November als Resolution in die DV der SP Stadt Bern einbrachten. Alle unsere Forderungen wurden nach einer interessanten Diskussion angenommen. Begleitet wurde dies durch ein von Halua und Tanja eingereichtes Postulat im Stadtrat, welches mehr Geld für die Fanarbeit fordert.

Rückblickend freuen wir uns gewaltig, was wir in der Stadt Bern für eine Diskussion losgetreten haben. Vor allem unsere Forderung nach einer Lockerung des Pyro-Verbotes wurde kontrovers diskutiert, stiess aber vielerorts auf Zustimmung. Hoffentlich bewegt sich etwas in den nächsten Monaten!

Mitgliederwachstum und neue Strukturen

Die ganze Juso Schweiz wächst immens, so auch unsere Sektion. Im Jahr 2010 durften wir rund 40 Neumitglieder in unserer Sektion begrüßen. Viele von ihnen sind bereits aktive und wertvolle Mitglieder. Dadurch wurden neue Strukturen notwendig, und wir verabschiedeten im Dezember neue Statuten.

Unsere zweiwöchentlichen Mitgliederversammlungen erwiesen sich als untauglich, sind wir doch mittlerweile meist über 20 Anwesende an unseren Treffen. Seit Frühling 2010 treffen wir uns nun monatlich zu einer Vollversammlung, welche meist durch ein interessantes Referat eingeleitet wird. Wir diskutierten etwa mit Cipriano Alvarez Wohnen und Wohnungsnot in Bern oder mit Prof. Ueli Mäder Reichtum in der Schweiz. Zudem veranstalteten wir verschiedene Aktionen und Juso-Abende mit unseren Mitgliedern.

Für die Juso Stadt Bern: Dominik Fitze

10. Kontaktadressen

Sekretariat SP Stadt Bern
Monbijoustr. 61, Postfach 1096
3000 Bern 23
031 370 07 90
bern@spbe.ch
<http://www.spbern.ch/>

SP Bern Altstadt Kirchenfeld
Postfach 511
3000 Bern 8
info@sp-altstadt.ch
www.spbern-altstadt.ch

SP Bern Nord
Postfach
3000 Bern 25
info@sp-bern-nord.ch
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Ost
Postfach
3014 Bern
bernost@sp-be.ch
www.sp-bern-ost.ch

SP Länggasse-Enge
Postfach 828
3000 Bern 9
info@sp-laenggasse.ch
www.sp-laenggasse.ch

JUSO Bern
Postfach 6846
3001 Bern
bern@juso.ch
<http://www.juso.be>

SP Bümpliz/Bethlehem
Postfach 713
3018 Bern
info@spbb.ch
www.spbb.ch

SP Bern Holligen
Postfach
3000 Bern
info@spholligen.ch
www.spholligen.ch

SP Bern Süd
Postfach
3000 Bern 23
info@sp-bern-sued.ch
www.sp-bern-sued.ch